

Green Economy oder Great Transformation? Konflikte über die Gestaltung des sozial-ökologischen Fortschritts

1. „Multiple Krise“ und Krise der Umweltpolitik	20
<hr/>	
2. Green Economy	24
<hr/>	
3. Sozial-ökologische Transformation	27

Ulrich Brand

*Professor für Internationale Politik am
Institut für Politikwissenschaften der
Universität Wien*

Markus Wissen

*Privatdozent am
Institut für Politikwissenschaften der
Universität Wien*

Auszug aus WISO 3/2012

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

1. „Multiple Krise“ und Krise der Umweltpolitik

Erwartungshaltung von vornherein gedämpft

Im Juni 2012 fand in Rio de Janeiro die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung statt – 20 Jahre nach der Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) und am selben Ort wie diese. Im Unterschied zur UNCED 1992, die von einer gewissen Aufbruchsstimmung nach dem Ende des Kalten Krieges getragen wurde, war bei der Rio+20-Konferenz von Aufbruch nichts zu spüren. Im Gegenteil: Angesichts der Krise, in der die bei der UNCED 1992 geschaffenen umweltpolitischen Regelwerke – allen voran die Klimarahmenkonvention – seit einigen Jahren stecken, waren die Erwartungen an Rio+20 von vornherein gedämpft. Und dies zurecht, wie die dürftigen Ergebnisse zeigen: Weder wurde die anvisierte Reform der umweltpolitischen Organisationen innerhalb der UN – also des Umweltprogramms UNEP und des Rats für nachhaltige Entwicklung – auf den Weg gebracht, noch konnten der Debatte über die „green economy“ – der zweite große Schwerpunkt der Rio+20-Konferenz – nennenswerte Impulse gegeben werden. Auch die geplante Konvention zum Schutz der Weltmeere kam nicht zustande. Die etwa 50-seitige Abschlusserklärung der Konferenz „Die Zukunft, die wir wollen“ betont in blumigen Worten die „Erneuerung des politischen Commitment“ und geht auf all diese Fragen zwar ein, behandelt sie aber höchst unverbindlich und verschiebt konkrete Entscheidungen in die Zukunft.¹

geopolitische und ökonomische Verschiebung

Es wäre verkürzt, die dürftigen Resultate allein einem fehlenden „politischen Willen“ der beteiligten RegierungsvetreterInnen anzulasten. Die Krise der internationalen Umweltpolitik, von der der Verlauf und die Ergebnisse von „Rio+20“ nur der jüngste Ausdruck sind, muss vielmehr vor dem Hintergrund der geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen gesehen werden, die sich seit Rio 1992 ereignet haben. 1992 war es gelungen, die umwelt- und ressourcenpolitischen Interessenkonflikte zwischen den Staaten, vor allem zwischen denen des globalen Nordens und denen des globalen Südens, auszutarieren. Dies war zum einen dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung geschuldet, das den Gegensatz zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum aufzuheben versprach. Zum anderen – und vor allem – lag es aber an den globalen Kräfteverhältnissen der frühen 1990er-Jahre: Während die entwickelten kapitalistischen Länder, allen voran

die USA, als Sieger aus dem Ost-West-Konflikt hervorgegangen und in ihrer globalen Vormachtstellung unangefochten waren, befanden sich viele Staaten des globalen Südens in einer tiefen (Verschuldungs-)Krise und waren kaum in der Lage, ihren Entwicklungsansprüchen politisch und ökonomisch Nachdruck zu verleihen.

Eben dies stellt sich 20 Jahre später völlig anders dar. Die weltwirtschaftlichen und -politischen Gewichte haben sich zugunsten großer Schwellenländer wie Indien, China oder Brasilien verschoben. Dazu kommt, dass die Länder des globalen Nordens sich in einer tiefen „multiplen“ Krise befinden – einer Krise der Wirtschaft, der Staatsfinanzen, der Währung (bezogen auf die EU) und zumindest teilweise der politischen Repräsentation. Angesichts des Klimawandels und der Verknappung fossiler Energieträger kommt es zu einer zaghaften Politisierung der vorherrschenden Produktions- und Konsummuster. Die großen Schwellenländer, von denen einige das Epizentrum der Finanzkrisen der 1980er- und 1990er-Jahre bildeten, sind von der derzeitigen Wirtschaftskrise weit weniger betroffen, sodass „sich die Gewichte in der Weltwirtschaft durch die Krise beschleunigt verschieben werden“.²

Länder des globalen Nordens in „multipler“ Krise

Mit der Krise der internationalen Umweltpolitik und der Verschiebung globaler Machtverhältnisse geht eine Verschärfung umwelt- und ressourcenpolitischer Konflikte einher: Das Wachstum von Ländern wie China ist enorm ressourcen- und emissionsintensiv, die Mittel- und Oberschichten dieser Länder adaptieren „westliche“ Konsummuster (Auto- und Flugmobilität, hoher Fleischkonsum, hoher Energieverbrauch), und gemeinsam mit den Mittel- und Oberschichten des globalen Nordens bilden sie eine „transnationale Verbraucherklasse“,³ die die Ressourcen und Schadstoffsenken⁴ der Erde überproportional in Anspruch nimmt. Wenn daher etwa bei den Klimaverhandlungen über die Reduktion der CO²-Emissionen gestritten wird, dann geht es dabei auch um die Frage, wer in welcher Form auf dem bisherigen Wachstumspfad voranschreiten darf und wer sich wie einschränken muss. Mit anderen Worten, auf den internationalen umweltpolitischen Terrains wird über geoökonomische und -politische Fragen gestritten, und genau dies ist es, was die internationale Umweltpolitik überfordert.

Verschärfung umwelt- und ressourcenpolitischer Konflikte

*Prozess nur auf
Kosten der In-
halte zu retten*

Das Einzige, was umweltpolitisch derzeit noch zu gelingen scheint, ist, die Verhandlungsprozesse irgendwie über die Runden zu retten. Das zeigte sich bereits bei der 16. Vertragsstaatenkonferenz (COP 16) der Klimarahmenkonvention im Dezember 2010 in Cancún, bei der es gelang, abzuwenden, was nach dem Debakel bei der COP 15 2009 in Kopenhagen zu befürchten stand, dass nämlich die sich verschärfenden Interessengegensätze zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden den bestehenden institutionellen Rahmen sprengen würden. Dieses Muster wiederholte sich auch in diesem Jahr: Die Abschlusserklärung wurde von offizieller Seite begrüßt, nicht weil sie substantielle Fortschritte enthielte, sondern weil die Alternative zu dem dürftigen Papier ein Scheitern der Konferenz gewesen wäre.⁵ Der Prozess lässt sich also allem Anschein nach nur noch auf Kosten der Inhalte retten, deren Konkretisierung regelmäßig in die Zukunft verschoben wird. Und dennoch war um die Rio+20-Konferenz neben den professionellen OptimistInnen eine nie dagewesene Skepsis zu beobachten. Umweltminister Berlakovich etwa sagte seine Teilnahme zwar offiziell deswegen ab, weil das Schlussdokument bereits ausverhandelt war; doch es war auch eine Steilvorlage für viele politische Stimmen, die das vorherrschende Modell internationaler Umweltpolitik infrage stellten.

*statt „Harmonie“
„hoffnungsloser
Wettstreit“*

Für alle, die den sozial-ökologischen Fortschritt von einer internationalen Übereinkunft abhängig machen – schließlich, so eine weit verbreitete Auffassung, bedürfen globale Probleme einer ebensolchen Lösung –, sind das schlechte Nachrichten, denen allenfalls noch mit einer ratlosen Empörung begegnet wird. So stellt der Umweltpolitikforscher Udo E. Simonis in der deutschen Wochenzeitung „Freitag“ kopfschüttelnd fest, dass trotz einer Zunahme der globalen umwelt- und entwicklungspolitischen Probleme und trotz des Vorliegens von Lösungskonzepten statt „Harmonie“ nur „hoffnungsloser Wettstreit“ herrscht.⁶

Wir möchten demgegenüber eine andere Sichtweise vorschlagen und deren politische Implikationen ausloten. Dabei gehen wir von zwei Prämissen aus: Erstens sind umweltpolitische Institutionen nicht einfach neutrale Instanzen einer kooperativen Problembearbeitung, sondern macht- und herrschaftsförmig strukturierte Terrains, die ohne die ihnen zugrunde liegenden Kräfteverhältnisse und deren Dynamik nicht begriffen werden können. Dies

sollte aus den bisherigen Ausführungen deutlich geworden sein. Zweitens: Ebenso wie es auf umweltpolitischen Terrains immer auch um geopolitische und -ökonomische Fragen geht, so sind ökologische Fragen auf anderen politischen Terrains explizit oder implizit stets präsent. Der New Yorker Geograf David Harvey bringt dies auf den Punkt, wenn er schreibt: „[A]ll ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral“.⁷ Das bedeutet zum einen, dass wir sinnvollerweise von sozial-ökologischen Problemen, Politiken und Projekten sprechen und nicht von „rein“ ökologischen. Zum anderen reicht eine Analyse der Institutionen, in deren Rahmen Umweltpolitik in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorrangig zu gestalten versucht wurde, nicht aus, um ein komplexes Bild der sozial-ökologischen Konflikte zeichnen zu können. Dies galt bereits zur Hochzeit dieser Institutionen in den 1990er-Jahren. Auch damals ließen sich sozial-ökologische Konflikte nicht ohne ein Verständnis der neoliberalen Globalisierung und ihres institutionellen Kristallisationspunkts, der Welthandelsorganisation (WTO), begreifen. So beschränkte die WTO den mit der Konvention über die biologische Vielfalt geöffneten umweltpolitischen Möglichkeitsraum ganz erheblich.⁸ Gleichzeitig betrieb sie, ohne über ein explizites umweltpolitisches Mandat zu verfügen, „implizite Umweltpolitik“,⁹ etwa indem sie die Märkte von Entwicklungsländern öffnete und damit ihren Beitrag dazu leistete, dass eine subsistenz- oder binnenmarktorientierte Landwirtschaft durch den ressourcenintensiven Anbau landwirtschaftlicher Exportprodukte („cash crops“) verdrängt wurde.

umweltpolitische Institutionen sind herrschaftsförmig strukturiert

neoliberale Globalisierung als institutioneller Kristallisationspunkt

Eine Analyse der unterschiedlichen Ansätze sozial-ökologischer Politik heute muss vor allem die multiple Krise in den Blick nehmen und die ökologischen Implikationen der vielfältigen und miteinander konkurrierenden Strategien und Terrains ihrer Bearbeitung identifizieren. Die Krise markiert einen tiefen Einschnitt in das seit den 1970er-Jahren vorherrschende neoliberale Modell kapitalistischer Entwicklung. Zwar wird sie in Europa mit der überkommenen neoliberalen Austeritätspolitik zu bekämpfen versucht, doch allem Anschein nach greift diese nicht mehr. Der Neoliberalismus ist mit seinen eigenen Widersprüchen konfrontiert und versucht erfolglos, diese mit einem Mehr des Immergleichen

alternative Strategien zu bearbeiten.¹⁰ Die Suche nach alternativen Strategien dürfte umso intensiver werden, je stärker die Misserfolge der europäischen Stabilisierungspolitik die politischen und ökonomischen Eliten verunsichern.

2. Green Economy

*„nachhaltige
Entwicklung“
nicht wirkungs-
mächtig*

Eine mögliche alternative Strategie ist die Green Economy. Dies gilt unabhängig davon, dass die Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz hierzu nur wenig Konkretes enthält: Wenn wir von „Strategie“ sprechen, meinen wir keine Konzepte, die am Reißbrett entworfen werden und deren Umsetzung auf internationalen Konferenzen beschlossen wird. Vielmehr geht es um die Bedeutung von – keineswegs widerspruchsfreien – begrifflichen Ansätzen und materiellen Aktivitäten, die von einer (durchaus heterogenen) Kräftekonstellation getragen werden. Wenn solche Begriffe von den entsprechenden Kräften in der Gesellschaft diskursiv verallgemeinert und sozio-ökonomisch, kulturell und politisch-staatlich institutionalisiert werden sollen, sprechen wir von Projekten – diese können mehr oder weniger erfolgreich sein. Der Ausbau des keynesianischen Wohlfahrtsstaates ab den 1950ern und der neoliberale Gesellschaftsumbau ab den 1970er/80er-Jahren hatten solch einen erfolgreichen Projektcharakter. Umgekehrt erlangte der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ zwar durchaus Prominenz, in seiner starken Bedeutung – nämlich den Ressourcenverbrauch und die Belastung der Senken zu reduzieren – wurde er jedoch nicht wirkungsmächtig. Bei der aktuellen Strategie einer Green Economy ist das offen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP startete um 2008 eine Green Economy Initiative, auf die inzwischen zahlreiche Akteure ansprachen: die OECD, ILO, Weltbank, viele nationale Regierungen, Think Tanks, Stiftungen und einige grüne und sozialdemokratische Parteien.¹¹ Die grundlegende und gar nicht so neue Idee besteht darin, geeignete politische Rahmenbedingungen zu kreieren, um Märkte und Wirtschaft durch Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, Effizienzgewinne und technologische Innovationen „grüner“ zu machen und „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen. Mittels „richtiger Preise“ sollen die bislang externalisierten Umweltbelastungen internalisiert und soll damit das „Marktversagen“ korrigiert werden. Ökologische Steuerreformen sollen vorangetrieben, öffentliche Beschaffung

gen, strategische Investitionen und nachhaltige Infrastrukturen gefördert werden. Mitunter werden entsprechende Verteilungs- und Sozialpolitiken genannt, um eine grüne Ökonomie zu fördern – doch das ist nicht systematisch, sondern wirkt eher wie ein Verweis, der die gesellschaftspolitische Akzeptanz erhöhen soll.¹²

Der Begriff der grünen Ökonomie ist bislang nicht eindeutig definiert. Es handelt sich um einen recht offenen Container-Begriff, der sehr vielfältige Perspektiven und Strategien zulässt.¹³ Es macht keinen Sinn, fehlende Definitionen zu kritisieren oder gar solche einzufordern. Davon abgesehen, dass so etwas nicht autoritativ festgelegt werden kann, würde es dem anhebenden Diskurs die potentielle Strahlkraft nehmen.

*grüne Ökonomie
lässt vielfältige
Perspektiven zu*

Wenn wir das Versprechen der grünen Ökonomie nicht nur ideologiekritisch konstatieren, dann kann ein materieller Kern freigelegt werden, der heute deutlicher ist als in den 1990er-Jahren. Die beiden aus unserer Sicht entscheidenden Unterschiede zwischen „nachhaltiger Entwicklung“ und „grüner Ökonomie“ liegen nicht darin, dass die ökologische Krise heute deutlicher ist oder dass das globale Umweltmanagement sich blamiert hat. Neu ist stattdessen zum einen die intensive Suche nach Krisenlösungen in der schwersten Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren. Zum anderen sind die Produktivkräfte deutlich weiter entwickelt als zu Beginn der 1990er-Jahre. Wirtschaftspolitische Strategien einer grünen Ökonomie haben daher in gewisser Weise eine materielle Grundlage. Das zeigt sich besonders deutlich in der Energieerzeugung und -verwendung, aber auch bei Antriebsmotoren. Manche rechnen gar die Digitalisierung der Produktion insgesamt zu einer Kernvoraussetzung der grünen Ökonomie.

*Krisenlösung
in Zeiten des
Kapitalismus*

Obwohl die Strategie der Green Economy in Rio im vergangenen Juni in der Weltöffentlichkeit einen Fehlstart hinlegte, wird der Begriff wichtiger werden. Zwar dürften die Strategien hin zu einer grünen Ökonomie, wie schon jene hin zu „nachhaltiger Entwicklung“, am eigenen Anspruch eines grundlegenden Umbaus scheitern. Sie werden der „brown economy“ nichts entgegensetzen, solange die kapitalistische und imperiale Produktions- und Lebensweise und die damit einhergehenden Interessen, Kräftekonstellationen und handlungsleitenden Ori-

Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise

entierungen nicht verändert werden. Aber dennoch könnten Strategien einer Green Economy wirkungsmächtig werden, denn hier werden Elemente formuliert, die de facto zur Herausbildung eines grünen Kapitalismus beitragen können. Dieser würde eine neue Phase der Regulation der Naturverhältnisse einleiten, die allerdings nicht grundlegend die Degradation stoppen wird. Ein grüner Kapitalismus wird, wie alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter Bedingungen der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise, selektiv sein, vielen Menschen zu mehr Einkommen und einem höheren materiellen Lebensstandard verhelfen, andere Menschen und Regionen dagegen ausschließen oder gar ihre materiellen Lebensgrundlagen zerstören: Eine grün-kapitalistische Entwicklungsweise wird ein notwendig exklusives Entwicklungsmodell für einige Regionen sein. Konkurrenz- und Ausschlussmechanismen, Dynamiken der Inwertsetzung und Landnahme werden damit nicht aufgehoben.

grüner Kapitalismus als exklusives Entwicklungsmodell

Die mittelfristige Durchsetzung von grün-kapitalistischen Entwicklungsmodellen setzt voraus, dass sich unterschiedliche Kräfte wie grüne Kapitalfraktionen und Teile der Gewerkschaften, Parteien, Intellektuelle und Medien, NGOs und soziale Bewegungen um dieses Projekt gruppieren. In Deutschland, den USA und China deuten staatliche Krisenpolitiken darauf hin, dass Interessen an ökologischer Modernisierung wichtiger werden. In Großbritannien wiederum ist eine Diskussion um eine grüne Ökonomie eng mit dem Finanzsektor und der Frage von Finanzdienstleistungen – etwa im Bereich des Emissionshandels – verbunden. Diese Strategien und die sie tragenden Kräftekonstellationen könnten „Staat werden“ dahingehend, dass die verdichteten Kräfteverhältnisse unter Führung bestimmter ökonomischer und politischer Machtgruppen zuvorderst ein solches Projekt vorantreiben und staatlich absichern.

Aus einer kritischen Perspektive wird der kapitalistische Widerspruch zwischen Inwertsetzung, damit verbundenem möglichem Wirtschaftswachstum und Chancen auf wachsende Verteilungsspielräume einerseits und Naturzerstörung sowie Externalisierung von sozialen Kosten andererseits auf eine neue Stufe gehoben. Die Politisierung der damit einhergehenden ökologischen Probleme wird über das Versprechen von grüner Ökonomie und Wachstum, Innovation und Effizienzrevolution genutzt. Das mag

nicht der Degradation von Ökosystemen und Landstrichen, der Erosion von biologischer Vielfalt oder dem Treibhauseffekt, der damit einhergehenden Verarmung von Menschen und Regionen Einhalt gebieten. Es eröffnet bzw. verlängert aber die kapitalistische Form des Umgangs mit der ökologischen Krise.

3. Sozial-ökologische Transformation

Mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation öffnet sich dagegen ein ebenfalls dynamisches Debattenfeld, dessen Stärke u.E. darin liegt, dass stärker gesellschaftliche Ursachen der ökologischen Krise im Sinne einer sozial-ökologischen Krise betont werden. Auch der Begriff der sozial-ökologischen Transformation ist nicht eindeutig bestimmt. Bisweilen wird er von AkteurInnen bzw. in programmatischen Papieren benutzt, die – nicht unbedingt von der Analyse, so doch von den politischen Schlussfolgerungen her – auch der Strategie der Green Economy zugerechnet werden können. Das gilt etwa für den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Sein Jahresgutachten 2011 plädiert im Untertitel für einen „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“, knüpft also terminologisch an Karl Polanyi an, der den Übergang zur Industriegesellschaft als „great transformation“ bezeichnet hat,¹⁴ und unterstreicht damit den grundlegenden Charakter des bevorstehenden bzw. bereits stattfindenden Veränderungsprozesses: In den Bereichen Energieversorgung, Urbanisierung und Landnutzung müssten „Produktion, Konsummuster und Lebensstile so verändert werden, dass die globalen Treibhausgasemissionen im Verlauf der kommenden Dekaden auf ein absolutes Minimum sinken und klimaverträgliche Gesellschaften entstehen können.“¹⁵ Gemessen daran fallen die politischen Empfehlungen allerdings eher zahm aus. Sie setzen vor allem auf eine Reform der (globalen) Governance-Architektur, auf den bereits stattfindenden Wertewandel und die entscheidende Rolle von „Pionieren des Wandels“,¹⁶ von denen ausgehend sich ein Bewusstsein über die Notwendigkeit und Machbarkeit gesellschaftlicher Veränderung ausbreitet und entsprechende Innovationen angestoßen werden. Als Beispiele werden ökologische UnternehmerInnen, Energieversorger wie die „Stromrebell“ aus dem deutschen Schönau im Schwarzwald oder umweltpolitische NGOs und soziale Bewegungen genannt.

*gesellschaftliche
Ursachen der
Krise*

zahme Reformen zur Entstehung einer klimaverträglichen Gesellschaft

*die Reichweite
der sozial-ökolo-
gischen Trans-
formation*

*soziale Macht-
und Herrschafts-
verhältnisse als
Schlüssel*

Ebenso wie viele ältere programmatische Papiere zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung (nicht zuletzt der Brundtland-Bericht von 1987 selbst) sowie große Teile der Green-Economy-Debatte ist das WBGU-Gutachten durch einen ökologischen Bias charakterisiert. Es tendiert dazu, die Reichweite der nötigen Veränderung der vorherrschenden sozialen Verhältnisse zu unterschätzen und eben deshalb einer sozial und räumlich selektiven ökologischen Modernisierung Vorschub zu leisten. Um dies zu verhindern, bedarf es eines Begriffes von sozial-ökologischer Transformation, der weniger von den globalen ökologischen Bedrohungen ausgeht, wie sie etwa im ersten Kapitel des WBGU-Gutachtens als „Megatrends“ beschrieben werden, sondern von Erfahrungen sozialer Ungleichheit und vorenthaltener demokratischer Mit- und Selbstbestimmung in ihren komplexen Verschränkungen mit der ökologischen Krise. Das heißt nicht, dass wir die Existenz der globalen ökologischen Bedrohungen sowie die Dringlichkeit ihrer Bearbeitung bestreiten. Aber – und das zeigen auch die jüngsten umweltpolitischen Erfahrungen, wie wir sie im ersten Abschnitt untersucht haben – wir halten eine wissenschaftliche und politische Herangehensweise für nötig, die die konkreten sozialen und räumlichen Manifestationsformen der ökologischen Krise stärker in den Blick nimmt und in der Infragestellung sozialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse den Schlüssel zu ihrer Überwindung sieht.

*soziale
ungleiche
Wirkungen des
Klimawandels*

Theoretisch ist ein solches Verständnis von sozial-ökologischer Transformation vom Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse sowie der politischen Ökologie inspiriert.¹⁷ Demzufolge sind Natur und Gesellschaft einander nicht äußerlich. Vielmehr schreiben sich in die Natur gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse ein, d.h. Klassen- und Geschlechterverhältnisse, Verhältnisse rassistischer Diskriminierung oder internationale wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen. Umgekehrt beeinflusst die (sozial produzierte) Materialität von Natur die gesellschaftliche Entwicklung. Letzteres zeigt sich etwa an ökologischen Krisenphänomenen wie dem Klimawandel, bei dem es sich um ein sozial (d.h. durch „fossilistische“ Produktions- und Konsummuster) produziertes Phänomen handelt, das – vermittelt über Institutionen, Eigentums- und Besitzverhältnisse sowie (wissenschaftliche) Deutungskämpfe – höchst ungleiche gesellschaftliche Wirkungen zeitigt, und zwar sowohl im globalen als auch im innergesellschaftlichen Maßstab.

Der entscheidende analytische und politische Zugang zur ökologischen Krise und zur sozial-ökologischen Transformation sind deshalb – entgegen der vorherrschenden Wahrnehmung – gerade nicht die globalen Krisenphänomene, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Krisenphänomene hervorbringen und über die sie ihre Ungleichheit verschärfenden Wirkungen zeitigen. Das ist auch eine wichtige Einsicht einer Veranstaltungsreihe der Arbeiterkammer Oberösterreich zum Thema „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“. Unter Beteiligung von Betriebsräten, GewerkschaftschafterInnen sowie VertreterInnen von NGOs und sozialen Bewegungen wurden im Rahmen von vier Zukunftsforen und einer Zukunftskonferenz zwischen November 2011 und Juni 2012 die Produktions- und Konsummuster in den Bereichen Mobilität, Energie, Ernährung, Rohstoffe und Industrie auf ihre sozial-ökologischen Implikationen hin thematisiert.

gesellschaftliche Verhältnisse als politischer Zugang zur ökologischen Krise

Dabei zeigten sich z.B. einige (empirisch noch weiter zu untersuchende) Zusammenhänge zwischen ökologisch problematischen Mobilitätsmustern und den vorherrschenden Formen der Organisation der Produktion. So beklagte ein Betriebsrat die mit der postfordistischen Flexibilisierung und Globalisierung der Produktion einhergehende Zunahme des (LKW-basierten) Gütertransports. Andere TeilnehmerInnen wiesen darauf hin, dass der Hang zur Automobilität bei Lohnabhängigen auch ein Resultat der von den Unternehmen zunehmend geforderten zeitlichen Flexibilität sei, die gerade in ländlichen Räumen mit dem öffentlichen Personentransport nicht machbar sei.

Man könnte das so interpretieren, dass es sich dabei um infrastrukturelle Probleme handelt, die lösbar sind, wenn der öffentliche Personen- und Gütertransport ausgebaut und flexibler gestaltet wird. Allerdings würde dies bedeuten, die ökologische und die soziale Dimension des „flexiblen Kapitalismus“ auseinanderzudividieren und den Problemerkern letztlich unangetastet zu lassen bzw. ihn bestenfalls ökologisch zu modernisieren. Dieser Problemerkern liegt in den vorherrschenden Produktions- und Konsummustern, den damit verbundenen Lebensweisen und Vorstellungen von „gutem Leben“ sowie den sie tragenden sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Kräften, ihren Normen und Interessen. Eine weiterreichende Schlussfolgerung wäre es deshalb, nach der Notwendigkeit und Vermeidbarkeit bestimmter Bewegungen

Probleme des „flexiblen Kapitalismus“

*die Arbeitszeit-
verkürzung
als eine sozial-
ökologische
Forderung*

von Gütern und Menschen zu fragen, in den Worten von Winfried Wolf, Referent beim Zukunftsforum „Mobilität“: den „Mobilitätswahn“ in Frage zu stellen. Das würde bedeuten, das Problem nicht nur als ein infrastrukturelles, sondern als eines der Konkurrenz und der Verfügung über (Arbeits-)Zeit zu betrachten. Damit würde ein Zusammenhang hergestellt zwischen ökologischer Krise, sozialer Herrschaft und grundlegenden Prinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung. Gleichzeitig würden sich politische Optionen jenseits von Green Economy und ökologischer Modernisierung eröffnen, um die herum sich neue gesellschaftliche Bündnisse konstituieren könnten. So würden etwa Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Wirtschaftsdemokratie als sozial-ökologische Forderungen begreifbar, deren Realisierung gleichermaßen im Interesse von arbeits- und sozialpolitischen Akteuren wie von umweltpolitischen NGOs und sozialen Bewegungen liegt. Die konkrete, da von Alltagserfahrungen ausgehende Infragestellung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen würde mithin zum zentralen Ansatzpunkt für die Gestaltung des sozial-ökologischen Fortschritts.

*grundlegende
Transformation*

Im Spannungsfeld des Versagens (globaler) umweltpolitischer Regelwerke und der Suche nach Auswegen aus der multiplen Krise des neoliberalen Kapitalismus entstehen also allem Anschein nach andere Terrains, auf denen wichtige Auseinandersetzungen um die ökologische Krisenbearbeitung stattfinden. Derzeit scheint das (selbst sehr heterogene) Konzept einer Green Economy am ehesten in der Lage zu sein, die Unterstützung dominanter gesellschaftlicher Kräfte zu mobilisieren – dies nicht zuletzt deshalb, weil es auch am ehesten an den Neoliberalismus anschließt. Allerdings unterstreichen die Widersprüche einer grünen Ökonomie, wie sie sich jetzt bereits abzeichnen, die Notwendigkeit einer viel grundlegenden sozial-ökologischen Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Deren Möglichkeit zeichnet sich dort ab, wo die ökologische als soziale Frage und die soziale als ökologische Frage thematisiert und der Schlüssel für die Überwindung der ökologischen Krise in der konkreten Infragestellung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse gesucht wird.

Autorenangaben

Ulrich Brand und Markus Wissen lehren und forschen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Umweltpolitik und sozial-ökologischer Transformation. Sie haben das Projekt der Arbeiterkammer Oberösterreich „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ wissenschaftlich begleitet.

Stichwörter

multiple Krise, ökologische Krise, Umweltpolitik, Green Economy, sozial-ökologische Transformation

Anmerkungen

1. Die Erklärung findet sich unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N12/381/64/PDF/N1238164.pdf?OpenElement>.
2. Boris, D. und Schmalz, S., Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: Prokla, Heft 4/2009, S. 636
3. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, hrsg. von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Frankfurt am Main 2008
4. Als „Senken“ werden Systeme bezeichnet, die mehr von einem Schadstoff absorbieren, als sie an ihre Umwelt abgeben (im Fall von CO² etwa Wälder und Ozeane). Die überproportionale Inanspruchnahme von Senken sowie von natürlichen Ressourcen und Arbeitsvermögen, als Folge der im globalen Norden vorherrschenden und sich in Teilen des globalen Südens ausbreitenden Produktions- und Konsummuster, haben wir an anderer Stelle als „imperiale Lebensweise“ bezeichnet. Siehe Brand, U. und Wissen, M., Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 2/2011, S. 12–34
5. Siehe Bauchmüller, M., UN-Gipfel Rio+20. Niederlage für die Umwelt, in: Süddeutsche.de, 20.6.2012, <http://www.sueddeutsche.de/wissen/un-gipfel-rio-niederlage-fuer-die-umwelt-1.1387837>
6. Simonis, U.E., Keine Harmonie, nirgends, in: Der Freitag, 19.6.2012, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/keine-harmonie-nirgends>
7. Harvey, D., Justice, Nature and the Geography of Difference, Malden MA, S. 182
8. Vgl. Brand, U., Görg, C., Hirsch, J. und Wissen, M., Conflicts in environmental regulation and the internationalisation of the state. Contested terrains, London, New York 2008
9. Conca, K., Environmental Change and the Deep Structure of World Politics, in: Lipschutz, R. und Conca, K., The State and Social Power in Global Environmental Politics, New York, S. 309
10. Jamie Peck und Adam Tickell haben dafür schon vor Jahren den Begriff „roll out-neoliberalism“ geprägt. Siehe Peck, J. und Tickell, A., Neoliberalizing space, in: Antipode, Heft 3/2002, S. 380–404
11. Vgl. etwa: BMZ, Ökologisches Wirtschaften. Green Economy, BMZ Informationsbroschüre 2/2011; International Labour Organization, Skills for Green Jobs. A Global View, Geneva 2011; UNEP, Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi 2011.
12. Vgl. dazu Brand, U., Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development“, in: GAIA

- Ecological Perspectives for Science and Society, Heft 1/2012, S. 28–32.
13. Dazu: Brunnengräber, A. und Haas, T., Green Economy – Green New Deal – Green Growth: Occupy Rio plus 20, in: Wirtschaft&Entwicklung-Hintergrund, Nov. 2012, S. 1–3; www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org.
 14. Polanyi, K., The Great Transformation, Frankfurt am Main 1990 (1944). Er arbeitete für das 19. Jahrhundert heraus, wie der entstehende Kapitalismus die bestehenden feudalistischen Sozialbeziehungen und den sozialen und natürlichen Lebensraum der Menschen zerstörte bzw. zu zerstören drohte und wie gewaltsam dieser Prozess der „Entbettung“ war. Die kapitalistische Ökonomie ist kein Ergebnis eines quasi-natürlichen Evolutions- oder Modernisierungsprozesses, sondern ihre Organisationsprinzipien wurden mit Gewalt eingerichtet und gegen vielfache Widerstände durchgesetzt. Polanyi betonte als Wesensmerkmal dieser Durchsetzung, dass sich Politik und Ökonomie ausdifferenzierten und gleichzeitig aufeinander bezogen blieben. „Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß das Entstehen nationaler Märkte keineswegs die Folge der langsamen und spontanen Emanzipation des ökonomischen Bereichs von staatlichen Kontrollen war. Der Markt war, im Gegenteil, das Resultat einer bewußten und oft gewaltsamen Intervention von seiten der Regierung“ (ebd., S. 330f.).
 15. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin, <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/>, S. 5
 16. Ebd., S. 256 ff.
 17. Grundlegend zum Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Görg, C., Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster 2003; einführend: Köhler, B. und Wissen, M., Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise, in: Lösch, B. und Thimmel, A., Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach 2010, S. 217–227; einführend zur politischen Ökologie: Robbins, P., Political Ecology. A critical introduction, Malden MA 2004.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at